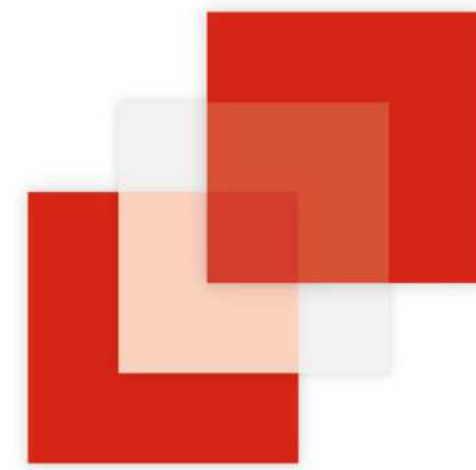


ZEIT THEMENWOCHE

ÖSTERREICH 2022

GEMEINSAM AUS DER KRISE



Schlagabtausch über die richtige Strategie im Umgang mit dem Klimawandel: Rainer Seele (Mi.), Vorstandsvorsitzender der OMV Aktiengesellschaft, setzte sich argumentativ mit Katharina Rogenhofer (re.), Sprecherin des Klimavolksbegehrens, auseinander. Deren politische Forderung lautete: »Wir müssen raus aus Öl, Kohle und Gas«, während ihr Gegenüber sich für ein evolutives Vorgehen im Übergangsprozess aussprach. Das Streitgespräch wurde moderiert von Corinna Milborn (li.), Infodirektorin von Puls4.

Alle Beiträge der ZEIT-Themenwoche finden Sie als Videos unter www.convent.de/oesterreich

Zeit für einen Paradigmenwechsel

Wie hat die Pandemie das Land verändert? Welche Erwartungen und Befürchtungen prägen die gesellschaftliche Debatte? Bei der dritten ZEIT KONFERENZ in Österreich tauschten sich prominente Gäste aus Politik, Ökonomie und Wissenschaft über neue Perspektiven auf den Wirtschaftsstandort aus.

Unter dem Titel »Österreich 2022 – Gemeinsam durch die Krise« standen während der einwöchigen digitalen Konferenz vielfältige Szenarien rund um die Post-Corona-Gesellschaft zur Diskussion. Im Vorfeld dazu thematisierten vier ZEIT-Gespräche Herausforderungen rund um Finanzwirtschaft, Tourismus, Industrie und Arbeitsmarkt. Zum Auftakt der digitalen Themenwoche formulierte Ökonom Hans Werner Sinn, ehemaliger Präsident des deutschen Ifo Instituts, seine Kritik an der Schuldenpolitik in Europa: Die Praxis, auch das Kurzarbeitergeld mehr oder weniger »aus der Druckerpresse« zu finanzieren, führe zu einer steigenden Inflationsgefahr. Zudem habe sich die Idee einer Gemeinschaftshaftung historisch als Irrweg erwiesen, der nur zu exzessiver Verschuldung führt. »Die Erfahrung lehrt, dass sich jeder zu viel herausnimmt, in der Annahme, dass die anderen schon zahlen würden.« Christoph Badelt, Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung, hielt

dagegen auch eine coronabedingte Steigerung der Verschuldung jenseits der 80 Prozent aufgrund der konsolidierenden Budgetpolitik Österreichs für unproblematisch. Die größere Herausforderung bestehe darin, die Post-Corona-Politik mit dem Klimaschutz zu vereinen. Dass die Menschen während der Pandemie tiefe Einschnitte in der Wirtschaft akzeptiert hätten, sei dabei Anlass zur Hoffnung. »Diese Selbstverständlichkeit wünsche ich mir auch für die Klimapolitik.« Denn was uns



»Die Krise hat uns in die digitale Zukunft gebeamt«: Eine optimistische Zwischenbilanz zog Margarete Schramböck (re.), Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. Sie bestritt gemeinsam mit Peter Krammer (li.), Vorstandsmitglied der STRABAG SE, ein Panel.

zukünftig an Hochwasser und Trockenheit drohe, mindere unsere Lebensqualität mindestens so sehr wie die Pandemie. Umso wichtiger sei es, Investitionen auch in den Dienst des Klimaschutzes zu stellen, allerdings

Die Hoffnung, dass in Corona-Zeiten die Digitalisierung »wie ein Impfstoff für die Wirtschaft« wirkt, äußerte Margarete Schramböck: »Die Krise hat uns in die digitale Zukunft gebeamt«, meinte die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und sprach sowohl das Homeoffice als auch neue Formen der Kundenkommunikation an. Wichtig sei, auf diesem Weg auch kleinere Firmen mitzunehmen. Als Erfolg wertete sie die Investitionsprämie, im Zuge derer Unternehmen 14 Prozent ihrer in Digitalisierung und Ökologisierung gesteckten Kosten zurückerhalten. In diese Bereiche fließen 50 Prozent aller derzeit getätigten Investitionen – »in Summe 15,5 Milliarden« –, die unter anderem dem Ausbau des

zehn Prozent – »wir sind mit einem blauen Auge davongekommen«. Weitere Prognosen hingen davon ab, ob die Gemeinden weiter unterstützt würden und sowohl die Bundesstaaten als auch die Infrastrukturgesellschaften an ihren Investitionsprogrammen festhielten.

Den Vorwurf, dass der Staat versäumt habe, Corona-Hilfszahlungen an Bedingungen von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu knüpfen, äußerte Barbara Blaha, Leiterin des Momentum Instituts. Als Beispiel nannte sie die Rettung der Austrian Airlines, die mit viel Staatsgeld verbunden sei, »ohne ein einziges klimapolitisches Ziel damit zu verbinden! Mangelnde Unterstützung für Unternehmen, die jetzt Umstrukturierungen planen, reklamierte Simone Oremovic, Executive Vice President People, Projects & Communications der RHI Magnesita. Statt Anreize zu setzen, blocke der Staat zumeist ab. »Dann heißt es: Mitten in der Krise könnt ihr doch nicht mit dem Abbau von Fixkosten anfangen!«

Österreich: Nachzügler im Abbau von Treibhaus-Emissionen

Die negativen Folgen einer Verschleppungstaktik illustrierte Siegrid Stagl, Leiterin des Institute for Ecological Economics an der Wirtschaftsuniversität Wien, am Beispiel der Batterie- und Wasserstofftechnik. So habe Österreich zwischen 2009 und 2019 die Treibhausgas-Emissionen lediglich stabilisieren können, während sie in Deutschland um 20 Prozent, im europäischen Durchschnitt sogar um mehr als diesen Wert und in Dänemark um 35 Prozent gesunken seien.

Österreich: Nachzügler im Abbau von Treibhaus-Emissionen

Die negativen Folgen einer Verschleppungstaktik illustrierte Siegrid Stagl, Leiterin des Institute for Ecological Economics an der Wirtschaftsuniversität Wien, am Beispiel der Batterie- und Wasserstofftechnik. So habe Österreich zwischen 2009 und 2019 die Treibhausgas-Emissionen lediglich stabilisieren können, während sie in Deutschland um 20 Prozent, im europäischen Durchschnitt sogar um mehr als diesen Wert und in Dänemark um 35 Prozent gesunken seien.

»Als Nachzügler müssen wir aufpassen, uns standortpolitisch mit veralteten Strukturen nicht selbst ein Bein zu stellen.«

Über die Frage nach der richtigen Strategie im Umgang mit dem Klimawandel lieferten sich Katharina Rogenhofer, Sprecherin des Klimavolksbegehrens, und Rainer Seele, Vorstandsvorsitzender der OMV Aktiengesellschaft, einen Schlagabtausch. Während sich die politische Aktivistin für eine CO₂- und eine Finanzbudgetierung aussprach und gemäß der »Keep it in the Ground«-Logik die Parole ausgab »Wir müssen raus aus Öl, Kohle und Gas«, zeigte sich Seele pragmatisch: Solche Maximalforderungen gingen an den Märkten wie am Verbraucherverhalten vorbei. »Wir sollten evolutiv versuchen, den nötigen Übergang zu managen.« Eine sukzessive Veränderung in Richtung eines sinkenden Erdöl- und Gasverbrauchs sei zwar erkennbar, aber um die Grundversorgung sichern zu können, bleibe Erdgas unverzichtbar, weil die Speicherung erneuerbarer Energien ungelöst bleibe. Hier protestierte Rogenhofer. Ihrer Meinung nach sei es längst möglich, überschüssigen alternativen Strom zu speichern. Sie kritisierte, dass bei der Lagerung und dem Transport von Erdgas bis zu 85 Prozent der Gase als Methan ausströme. »Methan ist 25 Mal klimawirksamer als CO₂, und im Produktzyklus betrachtet fast noch schlimmer als Erdöl.« Seele wiederum nannte Erdöl vielversprechend, da es nicht nur als Kraftstoff verbrannt, sondern auch veredelt und in wertvolle Chemieprodukte verwandelt werden könne. Er kündigte ein verstärktes Engagement der OMV im Automobil-, Gesundheits- und Lebensmittelbereich an: »Denn in unserer DNA sind wir schon einer der großen Chemieproduzenten Europas.« Rogenhofer hingegen kritisierte, mit hohem Energieaufwand zum Beispiel aus Erdöl Kunststoff zu gewinnen, obwohl dieser ein massives Umweltproblem darstelle: »Wir haben bereits jedes Jahr mit 300 Millionen Tonnen Plastik zu kämpfen, die weltweit in Form von Müll anfallen.«

Ein Plädoyer für eine radikale gesellschaftliche Umkehr hielt Daniel Dahm, Unternehmer, Buchautor und Aktivist, in seinem Vortrag »Gedanken zur Wirtschaft am Vorabend der Klimakatastrophe«. Um dieses Szenario abwenden zu können, seien neue Parameter wie Genügsamkeit und die Regeneration der ökologischen Lebensgrundlagen nötig. Alte Richtgrößen wie »der irrationale Glaube an Technik und Wachstum« hätten sich angesichts der existenziell bedrohlichen Folgen des Raubbaus an der Natur überlebt und müssten ersetzt werden durch ein »lebensdienliches Wirtschaften«. Weil derzeit ausschließlich das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für Wachstum gelte, würden die Effekte der Ökonomie auf die Umwelt ausgeblendet bzw. in der Betriebswirtschaft nur als »externe Faktoren« auftauchen. Deshalb sei es Zeit für einen Paradigmenwechsel in Bilanzierungsstandards, insofern diese kalkulatorisch auch die ökologischen Folgen wirtschaftlichen Handelns – »zum Beispiel auf Wasser- und Biodiversitätssysteme« – berücksichtigen müssten. »Im Rechnungswesen sollte zukünftig der Aspekt der Nachhaltigkeit Teil der Leistungsbilanz werden«, so Dahms Forderung. Das betreffe auch die zunehmende Ressourcenknappheit infolge von Naturkatastrophen, die zu den Hauptversachern weltweiter Fluchtbewegungen zählten und an der die In-

dustriestaaten großen Anteil hätten. Eine notwendige Kursänderung im Umgang mit Geflüchteten mahnte der Vorsitzende der Europäischen Stabilitätsinitiative Gerald Knaus an. Seine Analyse: Die Krise an den Außengrenzen Europas, an denen in vielerlei Hinsicht täglich geltendes Recht gebrochen werde, geht primär zurück auf die Unfähigkeit europäischer Länder und Institutionen, eigene Grundsätze und Konventionen umzusetzen. Für ein internationales tragfähiges solidarischer Asylsystem müsse man sich weltweit für die Einführung effektiver Prüfverfahren einsetzen, damit so viele Staaten wie möglich zu potenziellen Zielländern würden. Zweitens erforderten legale Abschiebungen nicht nur einen größeren gesellschaftlichen Rückhalt, sondern auch »mehr Realismus« und internationale Abkommen, um Menschen ohne Schutzanspruch auf humane Art und Weise zurückschicken zu können. Drittens sollte man bei der Integration Schutzbedürftiger nicht auf Zwang setzen, sondern an die Empathie der Bevölkerung appellieren, was im Asylpaten-System in Kanada bereits erfolgreich geschehe. Und viertens müsse man bereits in den Heimatländern für bessere Lebensbedingungen sorgen, um bereits den Aufbruch der Menschen nach Europa zu verhindern. Das derzeitige europäische Asylrecht dagegen biete fatale Anreize, das eigene Leben zu riskieren und sich in kleine Boote zu setzen, »in der Erwartung, dass die Chance, hierbleiben zu können, relativ groß ist, weil bei Asylverfahren und Abschiebungen hier sehr viel Zeit vergeht.«

Kritik am Schulsystem, das veraltetes Wissen vermittelt

Ein Panel zum Status quo im Schul- und Bildungssystem bildete den Abschluss der Konferenz. Buchautor und Berater Andreas Salcher übte grundsätzliche Kritik am »zweitbesten Schulsystem der Welt«: »Zu 90 Prozent bereiten wir unsere Kinder auf eine Welt vor, die es so nicht mehr gibt. Wir versuchen, traditionelles Wissen zu vermitteln, das völlig veraltet ist!« Problematisch sei zudem, dass die Chancen in Bezug auf Bildung und Karriere nach wie vor vom elterlichen Milieu abhängig sind. Und: Obwohl man längst wisse, dass schon bei Dreijährigen der Bildungsprozess begonnen hat, seien weder die Ausbildungsbedingungen noch die Bezahlung in Kindergärten adäquat. »In Kanada verdienen Elementarpädagogen das Gleiche wie die Lehrer weiterführender Schulen«, berichtete Salcher. »Wir in Österreich haben riesige Ressourcen, setzen diese aber falsch ein.« Ein prominentes Vorbild in Hinblick auf die Verbesserung des Bildungssystems nannte Matthias Strolz, Beirat der MEGA Bildungstiftung. So habe die Bildungsoffensive »London Challenge« das Schulsystem der britischen Hauptstadt strukturell verändern können, auch dank der Beteiligung von Quereinsteigern. »Man stelle sich die Irritation in unserem Schulsystem vor, wenn man ein Sechstel der Lehrer von der Seite holen würde; und welche Innovationen möglich wären!« Über große Schwächen in den Lehrplänen pädagogischer Hochschulen sprach die Autorin Melisa Erkurt: »Viele engagierte und kompetente LehrerInnen sind frustriert, wenn sie merken, dass sie nicht dafür ausgebildet wurden, mit diversen Klassenzimmern, sozialer Ungleichheit und Diskriminierung umgehen zu können.«



Kritik am Staat: Barbara Blaha (li.), Leiterin des Momentum Instituts, monierte, dass Corona-Hilfen nicht an Bedingungen geknüpft werden, während sich Simone Oremovic (RHI Magnesita) mehr Unterstützung für Umstrukturierungen wünschte.



Vorwärtsstrategie im Klimaschutz: Umweltministerin Leonore Gewessler bezog gegenüber Sebastian Loudon (ZEIT-Verlag) klare Position: »(...) Wir wollen im Klimaschutz Tore machen und nicht nur verteidigen. (...) Raus aus den fossilen Energien, das ist die Hauptaufgabe!«

Partner:

CASINOS AUSTRIA
Das Erlebnis.

iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG

österreichische LOTTERIEN

RHI MAGNESITA

STRABAG
TEAMS WORK.

Medienpartner:

DERSTANDARD

PULS 24

CONVENT.de
EIN UNTERNEHMEN DER ZEIT VERLAGSGRUPPE

DIE ZEIT
VERLAGSGRUPPE

Veranstalter:

In Zusammenarbeit mit: